



Stuttgart, 10. Dezember 2020

Positionspapier

Wir, ein breites Bündnis aus Sozialverbänden, Gewerkschaften, zivilgesellschaftlichen und kirchlichen Organisationen in Baden-Württemberg, warnen vor dramatischen Verschlechterungen in der Altersversorgung der Menschen in unserem Bundesland. Bereits heute beobachten wir mit Sorge, dass die Armut im Alter zunimmt. Wir haben uns deshalb zu einem Bündnis zusammengeschlossen, um uns gemeinsam und mit anderen Organisationen und Bündnissen für eine Altersversorgung einzusetzen, die zu einem Leben in Würde reicht. Wir machen uns dafür stark, Armut im Alter im reichen Baden-Württemberg zu verhindern.

Das gesetzliche Rentensystem ist Ausdruck unserer Solidargemeinschaft, das als zuverlässiges Instrument eine integrierende Wirkung entfaltet. Deren Legitimität wird aber zusehends in Frage gestellt, da sie den Lebensstandard im Alter und bei eingeschränkter Erwerbsfähigkeit in der Regel nicht mehr wahren kann. Dass die Renten vieler Menschen schon in näherer Zukunft nicht mehr ausreichen werden, um ein Leben in Würde nach einem arbeitsreichen Leben führen zu können, ist ein Skandal. Die zukunftssichere Gestaltung der Rentenversicherung ist notwendig und möglich. Denn der Reichtum unserer Gesellschaft speist sich nicht nur aus der wirtschaftlichen Wertschöpfung, sondern auch aus den sozialen Errungenschaften unserer Solidargemeinschaft.

Altersarmut droht sich strukturell weiter zu verfestigen. Bereits heute müssen wir feststellen, dass in Baden-Württemberg die Armutsgefährdung der Älteren kontinuierlich ansteigt und mittlerweile deutlich über der durchschnittlichen Armutsgefährdung aller Menschen im Land liegt. Einige Personengruppen wie etwa ältere Menschen mit Behinderung sind besonders betroffen. Auch ist jede fünfte Frau von Altersarmut bedroht. Altersarmut hat viele Gesichter! Wir begegnen ihnen in unserer alltäglichen Arbeit und erleben die individuellen Folgen und sozialen Auswirkungen. Armut im Alter ist aus verschiedenen Gründen besonders. Sie ist meist unumkehrbar und trifft eine Altersgruppe, die insbesondere vor dem Hintergrund zunehmender körperlicher und/oder geistiger Einschränkungen besonders verletzlich und versorgungsbedürftig ist. Wir sehen dringenden politischen Handlungsbedarf.

Wir fordern eine gute Versorgung im Alter für alle Menschen. Wir sind überzeugt, dass folgende Maßnahmen, die die Lage einkommensschwacher und armutsbedrohter Menschen im Alter verbessern, sich positiv auf die Möglichkeiten aller Senior*innen, sowie für unsere Gesellschaft als Ganzes auswirken.



Alterssicherung und Rente

Wir als Bündnis gegen Altersarmut Baden-Württemberg fordern eine Stärkung der gesetzlichen Rente als erste Säule der Altersversorgung. Das Rentenniveau muss dauerhaft bei mindestens 50 Prozent stabilisiert und perspektivisch wieder angehoben werden. Die Renten müssen entsprechend den Löhnen steigen. Auch müssen alle für ihre Erziehungsleistung drei Rentenpunkte erhalten, unabhängig davon, wann ein Kind geboren wurde. Menschen, die aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr arbeiten können, benötigen eine gute Absicherung. Die Abschläge auf Erwerbsminderungsrenten von bis zu 10,8 Prozent müssen abgeschafft werden. Außerdem müssen Rentenleistungsverbesserungen für Neu- und Bestandsrentner*innen gelten. Die Grundrente ist ein erster wichtiger Schritt gegen die wachsende Altersarmut, doch lässt die Bundesregierung viele Menschen und gerade die Erwerbsminderungsrentner*innen im Regen stehen. Die Schwächung der gesetzlichen Rente geht auch zulasten der jungen Generation. Daher sind versicherungsfremde Leistungen durch alle Steuerzahlenden zu finanzieren. Dazu gehören beispielsweise die Mütterrente und die abschlagsfreie Rente mit 63. Für eine generationengerechte und armutssichere Altersrente muss die gesetzliche Rente langfristig zu einer Erwerbstätigenversicherung, in die ausnahmslos alle Erwerbstätigen einzahlen, ausgebaut werden.

Wir fordern deshalb:

- Stärkung der gesetzlichen Rentenversicherung und perspektivisch Rückkehr zu einem lebensstandardsichernden Niveau
- Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung zu einer Erwerbstätigenversicherung für Alle
- Verbesserungen bei Erwerbsminderung
- Kindererziehungs- und Pflegezeiten anerkennen
- Versicherungsfremde Leistungen müssen durch alle Steuerzahler*innen finanziert werden

Bezahlbares Wohnen und Wohnraummangel politisch angehen

Der seit Jahren zunehmende Mangel an verfügbarem und bezahlbarem Wohnraum trifft viele Senior*innen. Die Wohnkosten steigen rasant, die Einkommenssituation im Alter hingegen nicht. Ein Wohnungswechsel, um Kosten zu reduzieren, ist auf dem überhitzten Wohnungsmarkt häufig nicht möglich. Durch Trennung, Verlust der Partner*in oder steigende Kosten für Krankheitsausgaben spitzt sich das Armutsrisiko zu. Der Preisboom ist ungebremsst. Das statistische Bundesamt meldete zuletzt einen Anstieg von 6,6 Prozent bei Immobilienpreisen auf dem allgemeinen Wohnungsmarkt und die Bestände an öffentlich gefördertem Wohnraum sind seit langem nicht mehr ausreichend.

Wir fordern deshalb:

- Eine gemeinwohlorientierte Wohnungspolitik, die dauerhaft leistbare Mietpreise in ausreichendem Wohnungsbestand auch in Ballungsräumen gewährleistet. Dazu benötigt es eine veränderte Bodenpolitik und eine Wohnbauförderung, die die kommunalen Akteure handlungsfähig auf dem deregulierten Immobilienmarkt macht.



Bildung und Chancengerechtigkeit für alle Kinder

Kinder armer Eltern haben ein vielfach höheres Risiko als ihre Altersgenoss*innen später selbst von Armut betroffen zu sein, oder ganz konkret: Armut wird vererbt. Erwerbslose, Familien mit Migrationshintergrund, Alleinerziehende und Haushalte mit mehr als drei Kindern sind besonders armutsgefährdet.

Gute Bildung und Chancengerechtigkeit sind der Schlüssel für einen Ausstieg aus der Armutsspirale. Das vielzitierte Aufstiegsversprechen muss eingelöst werden, wenn ein Leben und ein Lebensabend in Armut verhindert werden soll. Doch nach wie vor ist der Bildungserfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft abhängig. Wir dürfen aber kein Kind zurücklassen!

Wir fordern deshalb:

- Einführung einer Kindergrundsicherung
- Bedarfsgerechte Betreuungsangebote auch im ländlichen Raum, insbesondere in Rand- und Notzeiten
- Gleichstellungsorientierte Familien- und Arbeitsmarktpolitik
- Längeres gemeinsames Lernen
- Verlässliche Ganztageschulen, in denen Schule als Sozialraum gestaltet wird
- Teilhabe am digitalen Leben und Lernen
- Inklusives Lernen in Schule und Ausbildung
- Ausbau der Schulsozialarbeit

Gute Arbeit

Auch fünf Jahre nach Einführung des gesetzlichen Mindestlohns hat Deutschland noch immer einen der größten Niedriglohnsektoren Europas und es gibt immer noch zu viel prekäre Beschäftigung: Minijobs, sachgrundlose Befristungen, unfreiwillige Teilzeitarbeit oder Arbeit auf Abruf, Missbrauch von Leiharbeit, Werkverträgen und Crowdwork erschweren Millionen Menschen eine verlässliche Lebensplanung und berufliche Entwicklung.

Die Corona-Pandemie und ihre wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen haben deutlich vor Augen geführt, dass prekär Beschäftigte unmittelbar existenziell bedroht sind.

Anerkennung braucht nicht nur Applaus, sondern vor allem eine gute Bezahlung nach Tarif.

Tarifverträge schaffen soziale Sicherheit, Rechtssicherheit und bilden die Gestaltungsgrundlage für Arbeitsbeziehungen. Sie fördern außerdem fairen Wettbewerb und helfen bei der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften.

Die Tarifbindung ist weiterhin rückläufig. 2019 waren im Durchschnitt nur 52 Prozent der Beschäftigten in Deutschland in Betrieben mit Tarifvertrag beschäftigt. Auch in Baden-Württemberg lag die Tarifbindung vor zwei Jahren bei nur 52 Prozent und in einzelnen Branchen ist sie noch geringer. Dabei stärkt Tarifbindung die öffentliche Hand, die Sozialkassen und die Kaufkraft in erheblichem Umfang. Jedes Jahr geben der Bund, die Länder und Kommunen rund 450 Milliarden Euro für die öffentliche Beschaffung von Gütern und Dienstleistungen aus. Rund 12 Prozent aller öffentlichen Aufträge werden vom Bund, 30 Prozent von den Ländern und knapp 60 Prozent von den Kommunen vergeben.



Bund und Land müssen die Vergabe öffentlicher Aufträge an gute, tarifliche Bezahlung knüpfen und nicht mit Steuergeldern Lohndumping unterstützen.

Wir fordern deshalb:

- prekäre Beschäftigung abzuschaffen
- Befristungen, Leiharbeit und Werkverträge reduzieren (gleicher Lohn für gleiche Arbeit)
- den gesetzlichen Mindestlohn auf 12 Euro anzuheben
- Faire Löhne durch Tarifbindung und gute Tarifverträge
- Regelungen zur Tariftreue in der öffentlichen Auftragsvergabe

Pflege

Steigende Kosten der Pflege überfordern immer mehr pflegebedürftige Heimbewohner*innen. Denn sie müssen mit dem Eigenanteil zu den pflegebedingten Kosten, den Kosten für Unterkunft und Verpflegung, den Investitionskosten und der Ausbildungsumlage den größten Teil selbst bezahlen. Der durchschnittliche Eigenanteil liegt in baden-württembergischen Pflegeheimen derzeit bei rund 2.350 Euro pro Monat. Das Land Baden-Württemberg könnte in einem ersten Schritt mit dem Wiedereinstieg in die Investitionskostenförderung pflegebedürftige Heimbewohner entlasten. In einem zweiten Schritt ist der Ausbau zur Pflegevollversicherung notwendig, um die steigende finanzielle Überforderung zu verhindern. Hier wird mit dem Sockel-Spitze-Tausch schon ein Modell diskutiert, demzufolge Pflegeheimbewohner*innen einen geringeren Betrag zu zahlen haben (Sockel) und alle weiteren Kosten von der Pflegeversicherung zu bezahlen sind (Spitze). Auch die Vorschläge von Bundesgesundheitsminister Jens Spahn, den einrichtungseinheitlichen Eigenanteil auf 700 Euro zu deckeln, ist dem Grunde nach zwar ein Schritt in die richtige Richtung, reicht jedoch bei weitem nicht aus. Außerdem bedarf es höherer Löhne und besserer Arbeitsbedingungen in der Pflege, doch dürfen steigende Personalkosten nicht einseitig den Pflegebedürftigen aufgebürdet werden. Darüber hinaus gilt es, pflegende Angehörige zu entlasten: Beruf und Pflege müssen besser vereinbar sein. Es braucht zudem eine automatische jährliche Anpassung der Pflegeversicherungsleistungen, um eine bezahlbare und würdevolle Pflege für die steigende Zahl pflegebedürftiger Menschen zu gewährleisten.

Wir fordern deshalb:

- Ausbau der Pflegeversicherung zu einer Pflegevollversicherung, die alle pflegebedingten Kosten übernimmt
- Finanzierung der Investitionskosten durch die Länder
- Entlastung pflegender Angehöriger
- Aufwertung und Entlastung der in der Pflege Beschäftigten

Kontakt:

Bündnis gegen Altersarmut
 c/o ver.di-Landesbezirk Baden-Württemberg
 Bereich Sozialpolitik / Karin Grimm, Bündniskoordination
 Theodor-Heuss-Straße 2, 70174 Stuttgart
 Telefon: 0711-887 88 214
Karin.grimm@verdi.de
www.buendnis-gegen-altersarmut.de